

FOODWATCH

Handel und Industrie schlagen zurück

Die Lebensmittelbranche hat nach jahrelanger Diskussion einen neuen Lobbyverband gegründet, mit dessen Hilfe sie sich gegen die stärker werdende Kritik von Verbraucherorganisationen wie Foodwatch wehren will. Der Verein soll „Die Lebensmittelwirtschaft“ heißen und „einen Beitrag zur Versachlichung und Klarstellung verbraucherrelevanter Themen rund um Lebensmittel und Ernährung“ leisten, heißt es in der Satzung. Ziel sei es, „auf Basis

fakten- und wissenschaftsbasierter Informationen“ und durch „glaubhafte Kommunikation“ das Vertrauen der Verbraucher zu verbessern. Im Vorstand sitzen die Spitzen von Nestlé und Südzucker, Gerhard Berssenbrügge und Wolfgang Heer, für den Handel kommen Edeka-Chef Markus Mosa und der Chef des Branchenverbandes BVL, Friedhelm Dornseifer, dazu. Allerdings sucht man noch einen passenden Geschäftsführer, branchenintern „Anti-Bode“ genannt, nach dem Foodwatch-Chef Thilo Bode. Seit Jahren streiten Handel und Industrie über die richtige Strategie gegen das schlechte Image sowie die Finanzierung. Die Gründung des Vereins war mehrmals verschoben worden.



PROZESSE

Wie klamm sind Kirchs Erben?

Mal wieder eine neue Runde im nunmehr zehnjährigen Streit zwischen Deutscher Bank und den Erben des im Juli vergangenen Jahres verstorbenen Medienmanagers Leo Kirch: Auf Antrag des Geldinstituts hat das Oberlandesgericht München die Kirch-Gesellschaft KGL Pool aufgefordert, bis An-

fang dieser Woche nachzuweisen, dass sie im Falle einer Niederlage überhaupt die Prozesskosten tragen könnten. KGL Pool-Geschäftsführer Hans Erl muss nun 1,55 Millionen Euro oder entsprechende Sicherheiten hinterlegen. Das könnten zum Beispiel auch per Grundbucheintrag nachgewiesene

Immobilien sein. Die Deutsche Bank hatte angezweifelt, dass die Kirch-Erben finanziell in der Lage sind, den Prozess zu führen. Kirchs Nachlass ist mit 60 Millionen Euro Steuerschuld belastet. Haben seine Erben mit der Schadensersatzklage gegen die Deutsche Bank Erfolg, könnten sie die Schulden indes leicht begleichen: Sie verlangen von dem Finanzkonzern mindestens 2 Milliarden Euro. Die Verhandlung wird am 8. Oktober fortgesetzt.



Kirch, Ex-Deutsche-Bank-Manager Rolf Breuer 2011

VERBRAUCHERSCHUTZ

Contra Provisionen

Die Entscheidung der EU-Parlamentarier, Provisionszahlungen bei der Vermittlung von Finanzanlagen weiterhin zuzulassen, sorgt bei Verbraucherschützern für Entsetzen: „Das ist eine Katastrophe vor allem für ältere Kunden, denen in der Vergangenheit sinnlose Geldanlagen nur deshalb aufgeschwatzt worden sind, weil die Banken dafür dicke Provisionen der Fondsanbieter bekommen haben“, kritisiert Gerd Billen, Chef des Verbraucherzentrale Bundesverbands. Dass der Gesetzgeber jetzt nur auf Transparenz setze, werde dafür sorgen, dass die Höhe der Provisionen im Kleingedruckten verschwinde. „Außerdem werden dem Kunden dann nicht die Produkte verkauft, die am besten zu ihm passen, sondern die, an denen der Bankberater am meisten verdient“, so Billen. Ende vergangener Woche hatte der Wirtschaftsausschuss des EU-Parlaments überraschend ein Provisionsverbot gekippt. Die Prämien waren in der Vergangenheit in die Kritik geraten, weil Banken massiv am eigentlichen Bedarf vorbeiberaten und etwa betagten Kunden hochriskante Papiere verkauft hatten. Besondere Prominenz erlangten jene Kleinsparer, die ihr Geld bei der pleitegegangenen US-Bank Lehman Brothers angelegt hatten – und dann wegen Beratungsfehlern klagten. Die EU-Finanzmarktrichtlinie fordert, Anleger entsprechend ihres Bedarfs und der Einkommensverhältnisse zu beraten.

ZAHL DER WOCHE

Um **27,3** Prozent

ist die Anzahl der Ombudsmann-Verfahren der deutschen Banken im Jahr 2011 gestiegen. Waren es 2010 noch 6494 Beschwerden, in denen die außergerichtlichen Streitschlichter zwischen Kunden und Banken vermittelten, gab es ein Jahr später schon 8268. Im Jahr 2007 dagegen waren es nur 3610. Über die Jahre hinweg gingen immer etwas mehr als die Hälfte der Verfahren zum Vorteil der Kunden aus.